



**BDI**

Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.



## **Branchen-Essentials für die Bundestagswahl 2021 der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI)**

**aus der Sicht der Verbände BDI, BDSV, BDLI**

- Innere und äußere Sicherheit können nur bewahrt werden, wenn unsere staatlichen Sicherheitsorgane, wie Polizei oder Bundeswehr, über eine ihren Aufgaben entsprechende, bestmögliche technische Ausrüstung verfügen. Unsere Sicherheitsorgane – Streitkräfte wie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben - haben unbestreitbar „Systemrelevanz“ für ein Leben der Bürgerinnen und Bürger in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Diese Systemrelevanz erstreckt sich somit zugleich auf die erforderliche Ausrüstung, d.h. auf die deutsche SVI. Dementsprechend fordert die deutsche SVI, dass auch in Zeiten Corona-bedingt knapper Haushaltsmittel keine Abstriche an den Ausrüstungs-Haushalten für Sicherheit und Verteidigung gemacht werden. Da die Bedrohungen unserer inneren und äußeren Sicherheit während der Pandemie nicht geringer geworden sind, müssen die Anstrengungen zur Ausrüstung der Polizei und vor allem auch der Bundeswehr (s. Trendwenden Material und Finanzen) mit unverminderten, ja sogar gesteigerten Anstrengungen fortgesetzt werden. Auch die Corona-Erfahrungen mit Engpässen in strategisch bedeutsamen Lebensbereichen weisen in diese Richtung.
- Die deutsche SVI ist durchweg privatwirtschaftlich und in weiten Teilen mittelständisch organisiert. Sie betreibt größtenteils „Regierungsgeschäft“ und steht dabei im Wettbewerb mit überwiegend staatlichen Konkurrenten. Daher braucht die deutsche SVI verlässliche Rahmenbedingungen, vor allem eine verlässliche und planbare Basis für ihre Kapazitäts- und Auftragsplanung. Dies betrifft die Bereiche der Forschung und Entwicklung sowie der

Beschaffung durch deutsche Sicherheitsorgane ebenso wie den Rüstungsexport und mögliche europäische Kooperationen. Die deutsche SVI muss ihren hohen Innovationsgrad nachhaltig aufrecht erhalten können, und zwar sowohl im Interesse der Einsatzbereitschaft der staatlichen Sicherheitsorgane, aber auch wegen der vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten dieser Innovationen im zivilen Sektor.

- Insbesondere gilt dies auch für die von der Bundesregierung im Bereich Sicherheit und Verteidigung definierten nationalen Schlüsseltechnologien. Ihnen kommt sowohl unter sicherheits- und verteidigungspolitischen als auch unter technologie- und industriepolitischen Aspekten eine hohe strategische Bedeutung für die Erhaltung staatlicher Souveränität und Handlungsfähigkeit zu. Förderung, Erhalt und Ausbau dieser Schlüsseltechnologien – u.a. durch F&E, gezielte Beschaffung, aber auch Export - ist daher ein nationales Kerninteresse. Dies schließt auch neue Technologien und Innovationen mit ein (bspw. im Bereich des New Space, im Bereich Cyberraum). Unser Petition ist, dass die Definition von Schlüsseltechnologien bei Bedarf erweitert wird (z.B. als Folge der Corona-Krise im Bereich der militärischen Luftfahrt).
- Insgesamt geht es um die Förderung und Bewahrung der spezifischen High-tech-Kompetenzen, Innovationspotentiale und hoch-qualifizierten Arbeitsplätze der rd. 200.000 unmittelbar oder mittelbar in der deutschen SVI Beschäftigten und ihrer Familien. Hierzu gehören viele industrielle Spitzenfähigkeiten über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg, u.a. auch hochspezialisierte Digital-Fachkräfte, ohne die eine moderne Ausrüstung unserer Sicherheitsorgane nicht denkbar wäre - und ohne die technologische Souveränität auch im Konzert mit unseren Europäischen Partnern nicht erreicht werden kann.
- Die deutsche SVI begrüßt die Ansätze für eine europäische Rüstungskoooperation auf Augenhöhe („Level Playing Field“) auf Basis der EU-Programme (PESCO, EDIDP und EDF). Sie erwartet von der Bundesregierung eine klare Strategie mit einer Leitlinie, wie sich Deutschland bei europäischen Rüstungskoooperationsvorhaben sowohl bilateral (siehe dt.-französische Projekte (FCAS, MGCS, Eurodrohne) als auch im Rahmen der o.g.

Programme zusammen mit anderen europäischen Nationen industriell einbringen will. Dieses Engagement bei europäischen Rüstungskooperationsvorhaben sollte aus unserer Sicht als Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO verstanden werden, zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen beitragen und zugleich der Erfüllung der gegenüber der NATO von deutscher Seite gegebenen Zusagen („NATO-Quote“) dienen.

- Der europäische Blick sollte auch für Rüstungsexporte Anwendung finden, bei denen eine praktische Harmonisierung der europäischen Genehmigungsstandards nicht zuletzt im Sinne einer besseren Kooperationsbasis zu wünschen ist. Eine verlässliche Linie in der Exportpolitik ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Deutschland im europäischen Kontext als zuverlässiger Partner geschätzt wird. Ein deutscher Sonderweg droht die Unternehmen der deutschen SVI von europäischen Kooperationen, Lieferketten und der zukünftigen Gestaltung der europäischen Sicherheit abzuschneiden. Dies schadet sowohl der Industrie als auch Deutschland insgesamt.
- In Deutschland unterliegen Rüstungsexportentscheidungen strikt dem Primat der Politik. Für deutsche Rüstungsexporte besteht ein umfangreiches rechtliches Regelwerk, dem sich die Industrie aus Überzeugung unterordnet. Die gesamte Genehmigungs- und Entscheidungshoheit liegt danach in jedem Einzelfall bei der Bundesregierung. Dies umfasst auch Projekte mit u.U. sehr langen Vorlauf- und Abwicklungszeiten. Umso mehr erwartet die deutsche SVI, dass ihren Unternehmen nach einer einmal erteilten Genehmigung auch und gerade dann Vertrauensschutz gewährt wird, wenn die Regierung aus politischen Gründen ihre Entscheidung nachträglich ändert. Ohne einen solchen Vertrauensschutz wäre nicht nur Rüstungsexport (dort, wo ihn die Regierung als außen- und sicherheitspolitisches Gestaltungsinstrument nutzen möchte), sondern oftmals auch eine nachhaltige Produktentwicklung für die hiesigen Sicherheitsorgane am Standort Deutschland nicht mehr möglich.
- Mit der Gewährleistung von Sicherheit und Frieden schaffen unsere Sicherheitsorgane eine unverzichtbare Grundlage für nachhaltiges Leben und Wirtschaften. Sicherheit, Verteidigung und eine darauf

bezogene Rüstungswirtschaft stehen damit nicht im Gegensatz zu dem Ziel der Nachhaltigkeit, sondern schaffen vielmehr die Voraussetzung dafür.

- Wir fordern daher, dass die deutsche SVI nicht aus dem Dreiklang von „Environmental, Social und Governance“ (ESG) ausgegrenzt wird, sondern mit Unterstützung der Regierung zu einem integralen Bestandteil einer wohlverstandenen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gemacht wird, die Sicherheit als das anerkennt, was sie ist, nämlich die Basis aller Nachhaltigkeit.
- Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen SVI. Als eine Branche, die sich den verfassungsgemäßen deutschen Sicherheitsorganen als Ausrüster und unverzichtbarer Partner bei der Erfüllung ihrer Sicherheitsaufgaben verpflichtet fühlt, sollte die deutsche SVI von Politik und Öffentlichkeit in Deutschland anerkannt und wertgeschätzt werden. Es besteht daher die Erwartung, dass sich sowohl die amtierende, als auch die künftige Bundesregierung für den Erhalt sowie die Wahrnehmung und Förderung einer eigenständigen und wettbewerbsfähigen deutschen SVI einsetzt.

Berlin, 01. Februar 2021